



Bundesministerium  
der Finanzen

# Vorsorgende Finanzpolitik für ein alterndes Deutschland



# Generationengerechte Vorsorge

Haushaltspolitik in Zeiten des demografischen Wandels

Die Ausgangslage:

## Das Land wandelt sich

Die Bevölkerung in Deutschland wird immer älter. Eine erfreuliche Entwicklung – und eine Herausforderung zugleich. Aufgrund der niedrigen Geburtenraten fehlt es gleichzeitig an Nachwuchs. Mit anderen Worten: Die Zahl der Rentnerinnen und Rentner steigt, während die Zahl der Erwerbstätigen abnimmt.

### Lebenserwartung nach Geburtsjahrgängen

Frauen 2060: 89,2

Männer 2060: 85,0

Frauen 1990: 79,0

Männer 1990: 72,6

Frauen 1950: 68,5

Männer 1950: 64,6

### Geburtenrate (Kind pro Frau)

1970: 2,0 (nur West)

2015: 1,5

### Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter

61%

2015

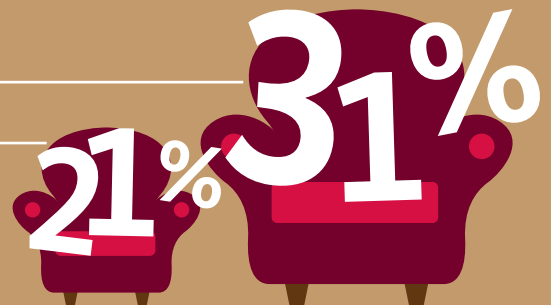
52%

2060

### Anteil der Bevölkerung 65 plus

2060

2015



Heute sind rund 50 Millionen Menschen zwischen 20 und 64 Jahre alt. Sie erwirtschaften unseren Wohlstand, werden aber immer weniger. 2060 werden es voraussichtlich nur noch 40 Millionen sein. Vor allem diese Altersgruppe wird 2060 die Ausgaben für die Jüngeren wie die Älteren tragen.

## Das Problem:

# Wir werden immer teurer

Der demografische Wandel belastet neben den öffentlichen Haushalten auch die Sozialversicherungen für Rente, Gesundheit und Pflege erheblich.

## Pflegebedürftige (in Millionen Menschen, Quelle: BiB)

2015: 2,86

2030: 3,62

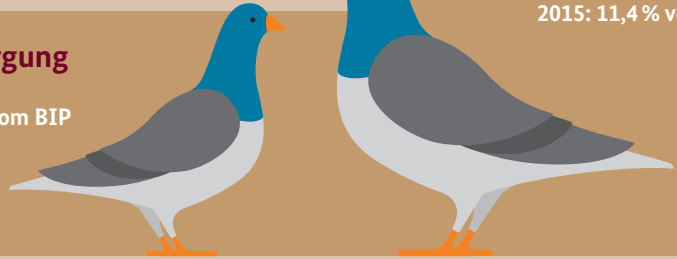
2060: 4,82



## Ausgaben für Altersversorgung

2060: 16,3% vom BIP

2015: 11,4% vom BIP



2015

2060

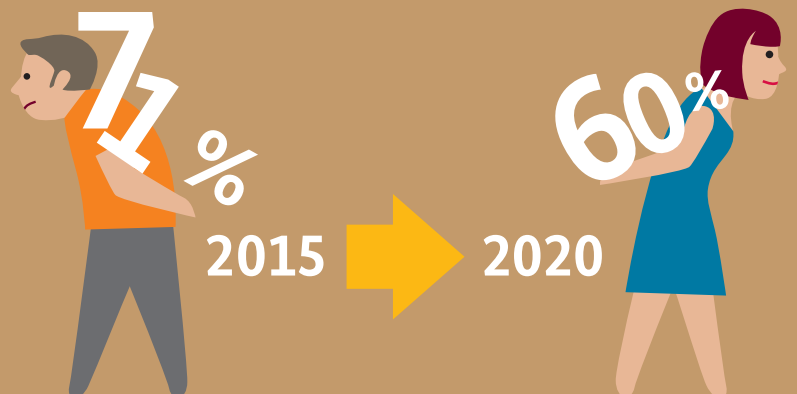


So viele Menschen im Alter von 20 bis 64 Jahren stehen Menschen im Alter von über 65 Jahren gegenüber – 2015 und 2060 im Vergleich

## Auch noch Schulden schultern?

### Staatsschuldenquote

Die Staatsschuldenquote ergibt sich aus dem Verhältnis der Schulden eines Staates zu seiner Wirtschaftskraft. Je höher die Quote, desto schwerer wiegt die Schuldenlast. Wenn wir auf neue Staatsschulden verzichten, bleibt die Last künftig tragbar.



Das Ziel:

## Ein Haushalt im Gleichgewicht

Wenn wir auf neue Staats-schulden verzichten, bleibt die Last künftig tragbar.



Die Lösung:

## Einführung der Schuldenbremse

Jeder Einwohner schultert rechnerisch im Jahr 2015 etwa 26.300 Euro der Staatsverbindlichkeiten. Damit dieser Schuldenberg für die nachfolgenden Generationen nicht noch größer wird, haben wir die Schuldenbremse eingeführt.



### Einnahmen und Ausgaben im Bundeshaushalt



2016  
Einnahmen: 316,9 Milliarden Euro  
Ausgaben: 316,9 Milliarden Euro

Die schwarze Null



2017  
Einnahmen: 329,1 Milliarden Euro  
Ausgaben: 329,1 Milliarden Euro

Die schwarze Null

### Finanzplan 2018 bis 2020

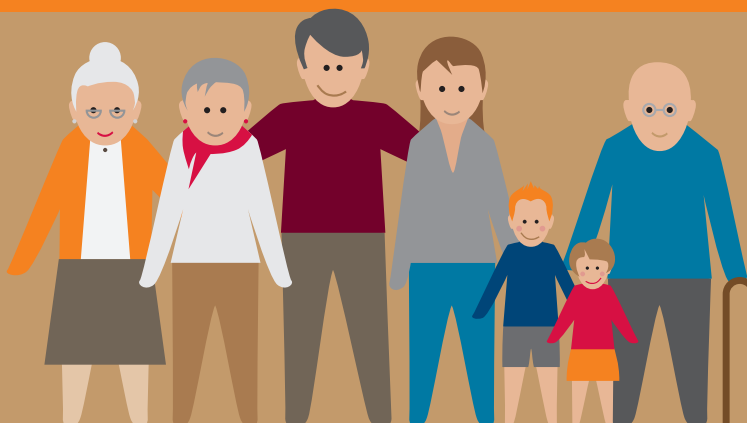
Es bleibt bei einer schwarzen Null.



Fazit:

## Lasten für die Zukunft begrenzen

Eine gewissenhafte und vorausschauende Finanzpolitik heißt vor allem eines: die Interessen aller Generationen zu berücksichtigen. Die heute angelegten Lasten werden auf den Schultern einer Generation landen, die ohnehin viel zu stemmen hat. Deshalb haben wir die Schuldenbremse eingeführt und die Ausgaben bei Rente, Gesundheit und Pflege begrenzt. Der Verzicht auf neue Schulden ist verantwortungsvoll und sozial geboten!



# Wachstum und Wohlstand in Zeiten des Wandels

Solide öffentliche Finanzen sind ein Fundament unserer Gesellschaft. Ein tragfähiger öffentlicher Haushalt schafft die Voraussetzungen, um langfristig in Bildung, Gesundheit und Infrastruktur zu investieren. In einer Zeit demografischer Veränderungen ist es wichtig, Einnahmen und Ausgaben mit Weitblick zu planen – die Einnahmen- und Ausgabenentwicklung hängen eng mit der Anzahl, dem Alter und der Qualifikation der Menschen in Deutschland zusammen. Deshalb untersucht das Bundesministerium der Finanzen regelmäßig die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen für die kommenden Jahrzehnte. Der Tragfähigkeitsbericht ist ein wichtiges Frühwarninstrument, um die Folgen des demografischen Wandels für die öffentlichen Haushalte und die Systeme der sozialen Sicherung in Zahlen aufzuzeigen. Im Blickpunkt stehen hier vor allem die Altersvorsorge sowie die Bereiche Gesundheitswesen und Pflege. Mittlerweile ist der vierte Bericht erschienen.

Basis des Berichts ist, dass Deutschlands Bevölkerung in den kommenden Jahrzehnten altern wird: Sie wird erfreulicherweise länger leben als Vorgängergenerationen und gleichzeitig wird die Zahl der Erwerbstätigen zurückgehen. Das bedeutet beispielsweise, dass künftig weniger Menschen in die Rentenversicherung einzahlen, während mehr Menschen Rente beziehen. Ebenso werden die Ausgaben für Gesundheit und Pflege in Zukunft beträchtlich steigen. Diese Entwicklungen werden einen enormen finanziellen Druck auf die Sozialsysteme ausüben. Durch weniger Erwerbstätige sinken ebenfalls die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden. Auf diese absehbaren Entwicklungen müssen die Staatsfinanzen vorbereitet sein.

Aber auch aktuelle Entwicklungen erfordern finanzielle Spielräume und können die langfristigen öffentlichen Finanzen verändern. So kann der Flüchtlingszustrom einerseits einen Beitrag gegen die Überalterung der Gesellschaft leisten, andererseits erfordert er erhebliche finanzielle Anstrengungen für die Integration in Wirtschaft und Gesellschaft.

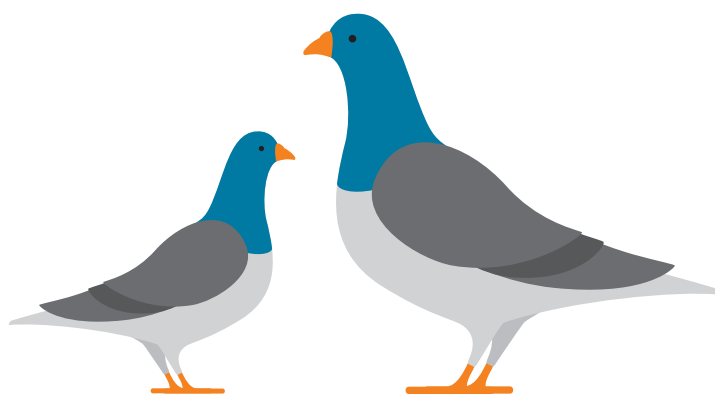
Aus Sicht der öffentlichen Haushalte konnten in den letzten Jahren bereits erhebliche Erfolge mit Blick auf mehr Zukunftsfestigkeit erzielt werden: Die Verankerung der Schuldenbremse im Grundgesetz begrenzt für den Bund und bald auch für die Länder die Möglichkeit zur Aufnahme neuer Kredite. Mittlerweile können alle staatlichen Ebenen – Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherungen – auf Haushaltsüberschüsse verweisen.

## Deutschlands finanzielle Zukunft stärken

Um die langfristige finanzielle Tragfähigkeit zu sichern, ist die Schuldenbremse ein wichtiger Beitrag – sie allein reicht allerdings nicht aus. Es sind auch Reformen nötig, damit die deutsche Wirtschaft weiter wachsen kann und die Gesellschaft besser für den Wandel in der Bevölkerung gewappnet ist. Deutschland für Investitionen noch attraktiver zu machen, ist ein wichtiges Ziel. Deshalb werden für die öffentliche Infrastruktur wie für die berufliche Bildung, die wichtigste Ressource Deutschlands, zusätzliche Mittel bereitgestellt. Zudem wird im Zeitablauf deutlich, dass frühzeitig eingeleitete Reformen die sozialen Sicherungssysteme vor unvorhergesehenen Ereignissen und den absehbaren Folgen des demografischen Wandels schützen. Mit steigender Lebenserwartung wird es beispielsweise wichtig sein, Ältere in die Lage zu versetzen, länger im Berufsleben zu bleiben.

Um die richtigen Weichen für die Zukunft zu stellen, wird es außerdem notwendig sein, die Erwerbslosigkeit weiter zu senken und den Anteil von Frauen im Beruf weiter zu erhöhen. Auch eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf trägt dazu bei, den Generationenkonflikt zu entschärfen. Langfristig dämpfen oder sogar umkehren lässt sich die vorhersehbare Alterung der Gesellschaft vor allem durch eine Erhöhung der Geburtenraten in Deutschland.

Die kommenden Jahre bieten die Chance, Deutschland für den demografischen Wandel zukunftsfest zu machen. Die Folgen des Wandels werden spätestens mit dem Wechsel der Babyboomer-Generation in den Ruhestand zum Ende des nächsten Jahrzehnts auf die öffentlichen Finanzen durchschlagen. Die Vorbereitung hierauf erfordert weiterhin entschlossenes Handeln.





Weitere Informationen unter

[www.tragfaehigkeit.de](http://www.tragfaehigkeit.de)  
[www.bundesfinanzministerium.de](http://www.bundesfinanzministerium.de)  
[www.ministere-federal-des-finances.de](http://www.ministere-federal-des-finances.de)  
[www.federal-ministry-of-finance.de](http://www.federal-ministry-of-finance.de)

Mit dem Vierten Tragfähigkeitsbericht informiert das BMF ausführlich über die langfristige Entwicklung der öffentlichen Finanzen bis 2060.

## Impressum

**Herausgeber**  
Bundesministerium der Finanzen  
Referat für Öffentlichkeitsarbeit  
Wilhelmstraße 97  
10117 Berlin

**Stand**  
August 2017

**Druck**  
Schmitz Druck & Medien GmbH & Co. KG

**Gestaltung**  
Serviceplan Berlin GmbH

**Publikationsbestellung**  
Servicetelefon: +49 (0) 30 18 272 27 21  
Servicefax: +49 (0) 30 18 10 272 27 21  
E-Mail: [broschueren@bmf.bund.de](mailto:broschueren@bmf.bund.de)

Diese Broschüre ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Regierung. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt.

